

Liberales Aktionsprogramm gegen das Bildungsdesaster an deutschen Schulen in Sachen SED-Diktatur

Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Patrick Meinhardt fordert aus Anlass des Jahrestags des Mauerbaus am 13. August 1961 und der kürzlich veröffentlichten Studien zu dem mangelhaften Wissen deutscher Schüler über die SED-Diktatur ein sofortiges Bildungsaktionsprogramm:

Wenn Schüler den eklatanten Unterschied zwischen dem Leben in einer Diktatur und dem in einer Demokratie nicht zweifelsfrei benennen können und die DDR nicht als Diktatur einordnen, ist der Geist der Demokratie und damit unser Gesellschaftsmodell gefährdet.

Es ist bildungs- und gesellschaftspolitisch nicht hinnehmbar, dass ein bayerischer Hauptschüler mehr über die DDR weiß als ein Ost-Berliner Gymnasiast.

Nur knapp 57 Prozent der ostdeutschen Schülerinnen und Schüler halten im direkten Vergleich das politische System der Bundesrepublik für besser als das der DDR. Im Umkehrschluss heißt das: 43 Prozent halten die DDR für besser, die sie selbst nicht erlebt haben.

Eine verantwortliche Bildungspolitik muss eine derart katastrophale Wissens- und Einstellungsbilanz als sofortige Handlungsaufforderung verstehen.

Der Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 1961 erinnert nicht nur an Willkür, Diktatur und menschenverachtende Unterdrückung unter der SED-Herrschaft, sondern mahnt auch zu einer **Bildungsoffensive für ein ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein und umfassende Geschichtskennnisse über die DDR.**

1. Weg von der sozialistischen Verklärungsromantik! Die DDR war kein Kuschelstaat!

In der Schule darf keiner Romantisierung der DDR das Wort geredet werden. Eine verklärende „Ostalgie“ darf nicht in der Schule beginnen. Mit einer sozialistischen Alltagsromantik für eine menschenverachtende Diktatur muss Schluss sein.

Obwohl die DDR ein Unrechtsstaat war, der seine Bevölkerung systematisch überwachte, Dissidenten verfolgte und tötete und keine freie Meinungsäußerung zuließ, steht das Urteil der Jugendlichen in keinem Verhältnis hierzu. Dadurch erklärt sich, dass nur knapp die Hälfte der befragten Schüler das politische System der Bundesrepublik dem der DDR vorziehen. Es bleibt festzustellen, dass diese Verklärung der DDR oft mit Unwissen der Jugendlichen über den Alltag in der DDR einhergeht.

Stattdessen gibt es eine Romantisierung der DDR vor allem durch die positive Beurteilung von DDR-Sozialmaßnahmen. Die Bewertung der Stasi durch die Schüler ist erschreckend. Eine absolute Mehrheit der befragten Ost-Berliner und Brandenburger Schüler, aber auch ein Drittel der westdeutschen Schüler bezeichnen die DDR nicht ausdrücklich als Diktatur.

Die SED-Diktatur muss schonungslos in ihrer tatsächlichen Brutalität dargestellt werden.

2. Die Aufklärung über die SED-Diktatur muss in der Schule fächerübergreifend ein Schwerpunkt werden

Die Lehrpläne für Geschichte aller Schularten müssen überarbeitet werden und einen größeren Schwerpunkt auf das SED-Unrechtsregime legen. In den Lehrplänen muss verankert sein, dass die Zeit der SED-Diktatur mit den Bewertungskriterien unseres Grundgesetzes und somit aus der Sicht unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und nicht wertneutral vorgenommen wird.

Hier müssen mehr Unterrichtsstunden eingeplant werden, die jedoch nicht auf Kosten der Darstellung der Nazi-Diktatur gehen dürfen.

Gerade fächerübergreifender Unterricht zwischen Deutsch, Geschichte, Politik und Religion/ Ethik bietet eine hervorragende Chance der umfassenderen Darstellung der Realität der SED-Diktatur. Denn die Studie hat auch erbracht: Je mehr Schüler über den SED-Staat wissen, desto kritischer beurteilen sie ihn.

Die Initiative der FDP-Landtagsfraktion in Hessen zusammen mit der CDU-Landtagsfraktion ist vorbildlich. Hier haben die Liberalen die Vorreiterrolle für eine Wissensoffensive zur DDR geleistet, die so auch in allen anderen Bundesländern kommen sollte.

3. Unmittelbaren Eindruck von der SED-Diktatur gewinnen

Schulklassen sollen sich bei Berlin-Fahrten aktiv mit der DDR auseinandersetzen, indem sie Orte der SED-Diktatur besuchen.

Besuche im Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, in der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße und bei der Mauergedenkstätte Bernauer Straße vermitteln Schulklassen einen unmittelbaren Eindruck über die Brutalität der SED-Diktatur.

Außerdem sollten sich Schulklassen mit Verfolgten des SED-Regimes treffen, um von diesen Zeitzeugen aus erster Hand zu erfahren, wie die DDR mit Dissidenten und Flüchtlingen umging.

4. Schülerwettbewerbe zur deutschen Geschichte und zur Demokratieoffensive

Gerade die Jahre 2009 und 2010 sind aktiv für Schüler- und Jugendwettbewerbe zur deutschen Geschichte, zur Nazi- und der SED-Diktatur, zur Freiheitsbewegung der Wiedervereinigung und zur Stärkung der Demokratie zu nutzen.

Diese Wettbewerbe müssen im kommenden Jahr mit einer Erstwählerkampagne verbunden sein. Denn das Wahlrecht ist ein hohes Freiheitsgut, das alle Deutschen erst seit der Wiedervereinigung haben.

Hierzu müssen die notwendigen Mittel im Bundeshaushalt bereitgestellt werden, um Schulen und Trägern der außerschulischen Bildungsarbeit die Motivation zu geben, sich in ganz Deutschland an diesen Wettbewerben zu beteiligen und diese Wettbewerbe als eine Demokratieoffensive zu betreiben.

Thüringen veranstaltet mit dem „Jahr der Demokratie“ u.a. einen solchen Demokratiewettbewerb und hat hier eine Vorreiterrolle. Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet mit dem Wettbewerb: „Mein Land Deutschland – 60 Jahre Bundesrepublik“

einen solchen überregionalen Wettbewerb an. Es ist sicherzustellen, dass diese Wettbewerbe an den Schulen bekannt werden und alle Schularten sich beteiligen können.

5. Etablierung eines wirksamen Netzwerkes zwischen Schulen und politischen Stiftungen

Ein enges Netzwerk zwischen Schulen und Stiftungen ist zu knüpfen. Gerade bei derartig hohen Bildungsdefiziten junger Menschen über die SED-Diktatur ist eine enge Kooperation zwischen Schulen und Stiftungen von großer Bedeutung.

Die hervorragende Arbeit der politischen Stiftungen muss sich in den kommenden zwei Jahren mehr auf die Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Stärkung des Demokratiebewusstseins und einer neuen Beteiligungskultur in dieser Gesellschaft konzentrieren.

Von herausragender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Stiftung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, die zu ihrer bedeutsamen Arbeit gerade für die beiden wichtigen Jahre 2009 und 2010 die notwendige Finanzausstattung braucht.

Schulen sollten mit Stiftungen verstärkt kooperieren. Stiftungen müssen direkt auf Schulen zugehen und gemeinsame Projekte entwickeln.

6. Guter Geschichtsunterricht geht nur mit guten Geschichtslehrern

Die Erarbeitung neuer Fortbildungsangebote für Lehrer über die Zeit der SED-Diktatur und die Überarbeitung des Ausbildungsteiles DDR in der Lehrerbildung für alle Schularten ist notwendig.

Es muss sichergestellt sein, dass die Inhalte der Lehrpläne auch unterrichtet werden. Nur mit Lehrern, die ein ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein und umfassende Geschichtskennntnisse zum DDR-Unrechtsregime haben, kann ein Bewusstsein für das Unrechtsregime der DDR bei den Schülern entwickelt werden. Deswegen ist eine Evaluation des Geschichtsunterrichts und insbesondere der Umsetzung von Lehrplaninhalten in der Realität des Unterrichts notwendig.

7. Die Studie „Soziales Paradies oder Stasi-Staat“ muss über die Zentralen für Politische Bildung verbreitet und diskutiert werden

Die Landeszentralen für Politische Bildung in Berlin und Brandenburg sollten die Ergebnisse der Untersuchung „Soziales Paradies oder Stasi-Staat“ von Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder verbreiten.

Insbesondere in Berlin und in Brandenburg sollten die katastrophalen Ergebnisse der Schülerbefragung bildungspolitisch aufgearbeitet werden. Während die Landeszentralen in Nordrhein-Westfalen und in Bayern diese Studie verbreiten und zur Diskussion stellen, wird diese in Berlin und Brandenburg politisch totgeschwiegen.

Auch die Landeszentralen anderer Bundesländer und insbesondere die Bundeszentrale für Politische Bildung sollte diese Studie verbreiten, da sie ein wichtiges Element für die weitere politische Debatte sein muss.

8. Bundesweite Studie zum Wissenstand über die SED-Diktatur erforderlich

In den Schulen in allen Bundesländern muss der Wissensstand über die SED-Diktatur erhoben werden. Solch eine Studie sollte im Rahmen der Bildungsforschung sofort in Auftrag gegeben werden, damit im Jahr 2009 die politische Debatte darüber geführt werden kann.

Eine breite politische Diskussion über die Kenntnisse und Beurteilungen zur DDR ist nur möglich, wenn wir den Stand in allen 16 Bundesländern kennen. Dabei müssen aber auch die Fragen der politischen Bildung im Bereich der Weiterbildung und der Lehreraus- und -fortbildung untersucht werden.

9. Die KMK muss handeln

Die KMK muss sich wirklich aktiv mit den Bildungsdefiziten über die SED-Diktatur auseinandersetzen und darf den Schwarzen Peter nicht den Lehrern zuschieben. Die Aufforderung an die Schulen, in den kommenden zwei Jahren Projektwochen zur SED-Diktatur durchzuführen, wird nachhaltig unterstützt.

Erst auf die Initiative der bildungs- und kulturpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion hat sich die KMK im Juni offensichtlich zum ersten Mal mit den eklatanten Wissenslücken über die SED-Diktatur bei Schülern aufgrund der ersten Ergebnisse der Schroeder-Studie vom November 2007 auseinandergesetzt.

Das KMK-Präsidium irrt, wenn es keinen Handlungsbedarf bei der Aktualisierung der Lehrpläne im Fach Geschichte erkennt. Richtig ist, dass die Kultusminister schnellstens die Fortbildungsangebote für Lehrer aktualisieren, die DDR-Zeit in der Ausbildung der Lehrer auf der Grundlage der Studien mit einem neuen Schwerpunkt versehen und den Geschichtsunterricht auf der Grundlage der Umsetzung der Lehrplaninhalte evaluieren. Insbesondere ist eine werteorientierte Beurteilung der SED-Diktatur dringend erforderlich.

10. Freiheit als Wert ins Zentrum des Unterrichts stellen

Der Wert der Freiheit muss ins Zentrum des Unterrichts über die neuere deutsche Geschichte in den Schulen gestellt werden.

Der Freiheitsdrang der Opposition in der DDR und die Erreichung dieser Freiheit in der Wiedervereinigung muss integraler Bestandteil einer Analyse des SED-Unrechtsregimes sein.

Der Geist der Demokratie und der Freiheit muss von Generation zu Generation neu erworben werden.